



## Studentenjobs

Seite 14

# Inhalt

## Seite 3

Regierung bestraft 1,6 Mio. Rentner

## Seite 4

Reform Arbeitslosenunterstützung

## Seite 5

Meldungen

## Seite 6

Flexi-Jobs und soziale Sicherheit

## Seite 7

Meldungen

## Seiten 8-10 Dossier

Ausschluss der Arbeitslosen

## Seite 11

Meldungen

## Seiten 12-13

Langzeitkranke: Mythen und Fakten

## Seiten 14-15

Studentenjobs

## Seite 16

Meldungen

# Impressum

### Verantwortlicher Herausgeber:

Jean-Marc Namotte,  
Pont Léopold 4-6, 4800 Verviers

### Redaktion:

|                  |                 |
|------------------|-----------------|
| Vera Hilt        | Claudine Legros |
| Liliane Louges   | Angela Mertes   |
| Jochen Mettlen   | Mike Mettlen    |
| Maryline Weynand |                 |

Layout: Jessica Halmes

### Druck:

Kliemo A.G.  
Hütte 53, 4700 Eupen

### Anschrift der Redaktion:

CSC Info,  
Pont Léopold 4-6, 4800 Verviers  
087/85 99 59  
pressedienst@acv-csc.be

### Erscheinungsrhythmus:

Vierzehntäglich

# Öffnungszeiten & Kontakt

## ARBEITSLOSENDIENST 087/85 99 98

### CSC Eupen

**Sprechstunden:** dienstags und donnerstags 8.30 - 11.45 Uhr

csc.chomage.eupen@acv-csc.be

### CSC St.Vith

**Sprechstunden:** montags 8.30 - 11.45 Uhr

csc.chomage.stvith@acv-csc.be

## JURISTISCHE ERSTBERATUNG

Für jede Frage bezüglich Arbeitsrecht (Kündigung, Vertrag, Urlaub,...) kontaktieren Sie unsere juristische Erstberatung **per Telefon oder Mail**

Montags bis donnerstags 8.30 - 12.30 Uhr und 13.30 - 16 Uhr

Freitags 8.30 - 12 Uhr

087/85 99 22 • csc.ostbelgien@acv-csc.be

## JURISTISCHER BEISTAND

Für jeden juristischen Beistand oder für eine laufende Akte kontaktieren Sie unseren juristischen Dienst:

### CSC Eupen

**Sprechstunden:** donnerstags von 8.30 Uhr bis 11.45 Uhr

087/85 98 95 • sj.verviers@acv-csc.be

### CSC St. Vith

**Sprechstunden:** dienstags auf Termin

087/85 98 95 • sj.verviers@acv-csc.be

## OFFENE SPRECHSTUNDE

**CSC Eupen** Montags 8.30 - 11.45 Uhr

## GRENZGÄNGERDIENST LUXEMBURG

**CSC St.Vith:** dienstags auf Termin

087/85 99 33 • grenzganger.luxemburg@acv-csc.be

## GRENZGÄNGERDIENST DEUTSCHLAND

**CSC Eupen:** auf Termin

087/85 99 49 • grenzganger.deutschland@acv-csc.be



www.diecsc.be



www.facebook.com/cscostbelgien

# Regierung bestraft 1,6 Mio. Rentner

**380 Millionen Euro auf dem Rücken der Rentner einsparen. Das ist das Ziel von Pensionsminister Jambon, der die Anpassung der ältesten Renten an das Wohlbefinden bis 2030 aussetzen will. Damit zwingt er 1,6 Millionen Rentnerinnen und Rentnern einen „Indexsprung“ auf.**

**D**er Verwaltungsausschuss des Föderalen Pensionsdienstes hat von Minister Jambon den Antrag erhalten, die Anpassung der ältesten Renten an das Wohlbefinden bis 2030 auszusetzen. Betroffen sind die Renten, die seit 5 beziehungsweise 15 Jahre laufen.

## 380 Mio. Euro auf dem Rücken der Rentner einsparen

Aber das Gesetz schreibt diese Anpassungen in Höhe von 2 % vor. Die Gewerkschaften wehren sich dagegen, dass den Rentnern rund 380 Millionen Euro vorenthalten werden sollen, und weisen auf zugrunde liegende rechtliche Probleme hin.

Seit 2007 sieht ein Königlicher Erlass eine jährliche Zwei-Prozent-Erhöhung der Renten vor, die im September seit genau 5 bzw. 15 Jahren bezogen wer-

den. Die ältesten Renten sind in der Regel die niedrigsten, da sie auf der Grundlage von ebenfalls sehr alten Lohnniveaus berechnet werden. Mit der Einführung der Haushaltsmittel für das Wohlbefinden 2009 wurden diese Erhöhungen aber ausgesetzt. Gewerkschaften und Arbeitgeber waren einverstanden, da die Mittel für das Wohlbefinden eine entsprechende Anpassung der ältesten Renten vorsah. Eine gleichzeitige Anwendung beider Erhöhungen wäre mit erheblichen Kosten verbunden gewesen, und das war nicht das Ziel.

Da die Regierung De Wever jedoch das Budget für das Wohlbefinden für den Zeitraum 2025-2029 gestrichen hat, sieht die Lage jetzt anders aus. Die Gewerkschaften fordern die Regierung auf, den Königlichen Erlass von 2007 umzusetzen, indem sie die vom Gesetzgeber verliehene Macht nutzt.

Die Gewerkschaften schätzen, dass etwa eine Million Rentner nach fünf Jahren und über 600.000 Rentner nach 15 Jahren die notwendige Erhöhung nicht erhalten werden. Für diese Rentner kommt die Nichtgewährung einem „Indexsprung“ gleich, dessen finanzielle Folgen sie jahrelang spüren werden.

Bis 2030 will Minister Jambon auf diese Weise weitere 380 Millionen Euro einsparen, und zwar 338 Millionen Euro im Arbeitnehmersystem und 45

Millionen Euro bei den Selbstständigen. Diese Einsparungen kommen zu einer Reihe anderer Maßnahmen hinzu, die sich auf die laufenden Renten auswirken: die aufgeschobene Indexierung (jetzt 2 Monate später), die teilweise Indexierung der Renten ab 3.180 Euro netto, die „Leerung“ des Budgets für das Wohlbefinden, die Abschaffung des Ausgleichs und die schrittweise Abschaffung der Steuerermäßigung für Rentner.

## Auch Langzeitkranke betroffen

Die Regierung setzt auch die Aufwertung der Invaliditätsleistungen für Langzeitkranke aus. Das Krankengelddekret vom 3. Juli 1996 sieht eine Aufwertung um 2 % nach 5 Jahren und nach 15 Jahren Invalidität vor. Die Regierung setzt diese Aufwertung durch einen Königlichen Erlass aus. Folglich werden allein in diesem Jahr 38.905 Langzeitkranke die zweiprozentige Erhöhung ihrer Invaliditätsentschädigung nicht erhalten. Eine ähnliche Anzahl Menschen dürfte in Zukunft jedes Jahr betroffen sein. Insgesamt schätzt die CSC die Zahl der betroffenen Langzeitkranken auf 237.575 Personen.

Die Gewerkschaften und die Krankenkassen haben im Verwaltungsausschuss des Landesinstitutes für Kranken- und Invalidenversicherung (LIKIV) eine negative Stellungnahme zu diesem Thema abgegeben.



## Reform der Arbeitslosenunterstützung

# Eine unverständliche Entscheidung

Die CSC reagiert auf die schrittweise Umsetzung der im sogenannten Programmgesetz vorgestellten Reform der Arbeitslosenunterstützung.

Das Kernkabinett der Föderalregierung erzielte eine Einigung über die Umsetzung der zeitlichen Begrenzung des Arbeitslosengeldes, einem der wichtigsten Punkte des Programmgesetzes. Der Inhalt dieses politischen Fetischs ist nicht stichhaltig, und seine Umsetzbarkeit wird enorme Probleme aufwerfen. Sowohl die Arbeitsuchenden als auch der Arbeitsmarkt werden einen hohen Preis zahlen. Das angepasste Timing, das einen phasenweisen Ausschluss vorsieht (siehe unten), bleibt sehr knapp. Werden Arbeitsuchende rechtzeitig über ihre Rechte informiert werden können und die notwendige Unterstützung erhalten?

„Diese Entscheidung ist unverständlich“, sagt Koen Meesters, Nationalsekretär der CSC, der dieses Dossier verfolgt. „Die größte ‚Einsparung‘ des Regierungsabkommens wird von den Arbeitslosen getragen, und zwar noch mehr als ursprünglich geplant. Die Arbeitslosen werden sowohl bei der Schutzdauer als auch beim Arbeitslosengeld bestraft. Was die Ausnah-

me für die über 55-Jährigen betrifft, so sind die Laufbahnbedingungen so streng, dass es sich um ein leeres Versprechen handelt. Mit der verstärkten Degressivität werden die höchsten Einkommen eine leicht höhere Unterstützung erhalten, aber insgesamt wird sie für die Mehrheit der Betroffenen niedriger ausfallen. Der stark vereinfachten Argumentation zufolge werden Arbeitslose schneller eine Arbeit suchen und finden, wenn sie kein Arbeitslosengeld mehr erhalten. Die Verantwortung wird somit vollständig auf den Arbeitsuchenden übertragen. Aber die Arbeitgeber, die keine angepasste Arbeit vorsehen, kommen ungeschoren davon.“

### Wo ist das „ultimative Jobangebot“?

„Bei Langzeitarbeitsuchenden handelt es sich häufig um Menschen mit einem beruflichen Handicap, mit physischen oder psychischen Problemen. Sie haben ihre Verpflichtungen und die ihnen auferlegte Begleitung

schon erfüllt“, stellt Koen Meesters fest. „Es ist schön und gut zu sagen, dass man mehr Menschen in Arbeit bringen will, aber wenn man die Menschen im Stich lässt, sie nicht mehr bei der Arbeitssuche begleitet, ihnen keine längere Ausbildung mehr ermöglicht oder ihnen keine Chancen mehr bietet, dann werden sie keine Arbeit finden. Letztendlich wird es sich um einen Transfer zur Krankenversicherung und zu den Öffentlichen Sozialhilfezentren (ÖSHZ) handeln. Das Regierungsabkommen versprach darüber hinaus allen Arbeitsuchenden, die kurz vor dem Verlust ihres Arbeitslosengeldes stehen, ein ‚ultimatives Jobangebot‘. Aber das bleibt ein leeres Versprechen. Zum Glück gibt es noch die Einkommensgaranziezulage. Es wäre völlig absurd gewesen, diese Zulage anzutasten.“

Die Regierung schätzt, dass ein Drittel der Arbeitsuchenden, die ihr Arbeitslosengeld verlieren werden, die ÖSHZ aufsuchen werden. Ein Anteil, der wohl weitgehend unterschätzt wird. „Selbst wenn zusätzliche Budgets vorgesehen sind, wird die zusätzliche Arbeit die ÖSHZ enorm belasten. Zudem fehlt ihnen ausreichend Personal für die Bearbeitung dieser Anfragen. Aber die Menschen brauchen ein Einkommen. Schon heute sehen wir eine enorme Verunsicherung und Angst unter den Arbeitsuchenden.“



© stock.adobe.com

### Phasenweiser Ausschluss

>> **1. Januar 2026:** Anwendung auf Personen, die seit mehr als 20 Jahren arbeitslos sind

>> **1. März 2026:** Erweiterung auf Personen, die seit mehr als 8 Jahren arbeitslos sind

>> **1. April 2026:** Anwendung auf Personen, die seit weniger als 8 Jahren arbeitslos sind



## Bezirkssekretärin Isabelle Debroux

**Isabelle Debroux ist die neue Bezirkssekretärin der CSC Liège-Verviers-Ostbelgien. Damit wird zum ersten Mal eine Frau die Geschicke der CSC LVO leiten.**

*„Gehört werden, heißt nicht am lautesten schreien. Sondern zum richtigen Zeitpunkt die richtigen Worte finden“, erklärt Isabelle Debroux an-*

*lässlich einer Pressekonferenz Anfang Juni.*

Isabelle Debroux tritt die Nachfolge von Jean-Marc Namotte an, der dieses Amt über 15 Jahre innehatte. Am ersten September wird die 57-Jährige offiziell die neue Funktion übernehmen. Die langjährige Journalistin wechselte 2011 zur CSC, wo sie für die Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich zeich-

nete. Seit einigen Jahren ist sie die Koordinatorin des überberuflichen Gewerkschaftsteams der CSC LVO. Auch für die deutsche Sprache hat Isabelle Debroux ein Faible und belegt seit letztem Jahr Abendkurse.

Wir wünschen Isabelle viel Erfolg in ihrer neuen Funktion.

## Alle zahlen den Preis... außer die Reichsten

**V**on der Arizona-Regierung profitieren nur die Reichen. Für alle anderen wird es immer schwieriger, über die Runden zu kommen, im Leben voranzukommen oder im Falle eines harten Schlages einfach wieder zu Atem zu kommen.

Statt der versprochenen nachhaltigen Arbeitsplätze und besseren Kaufkraft haben wir es auf der einen Seite mit sozialem Abbau und auf der anderen Seite mit Milliardenausgaben für Rüstung zu tun. Dieses Ungleichgewicht ist inakzeptabel. Wir sagen NEIN zum sozialen Abbau durch die Arizona-Regierung! Wir sagen JA zu einem echten, wirksamen und partizipativen sozialen Dialog.

**Wir treffen uns am Mittwoch, 25. Juni, am Nordbahnhof in Brüssel zu einer nationalen Kundgebung in Gemeinschaftsfront.**



**TREFFPUNKT**  
**25. JUNI BRÜSSEL**  
**10 Uhr, Nordbahnhof**

Infos+ [www.diecsc.be/Arizona](http://www.diecsc.be/Arizona)

# Flexi-Jobs und Studentenjobs kommen der sozialen Sicherheit teuer zu stehen

**Die Ausbreitung von Studenten- und Flexi-Jobs wird die soziale Sicherheit im Jahr 2029 rund 1,5 Milliarden Euro kosten: Das ist die Hälfte der Einsparungen, die sich die Regierung aus der Rentenreform und aus den Anstrengungen, die von Langzeitkranken verlangt werden, erhofft. Zu diesem Ergebnis kommt eine von der CSC Nahrung und Dienste, der CNE und ACV Puls<sup>(1)</sup> durchgeführte Studie.**

Einer der Schwerpunkte der Arizona-Regierung ist die Steigerung der Arbeitsflexibilität. Um dieses Ziel zu erreichen, hat sie die Anzahl der erlaubten Stunden für Studentenjobs auf 650 Stunden pro Jahr angehoben. Außerdem plant sie, das zulässige Alter für Studentenjobs ausnahmslos auf 15 Jahre zu senken und Flexi-Jobs auf alle Sektoren auszuweiten (bei gleichzeitiger Anhebung der steuerfreien Höchstgrenze auf 18.000 Euro). Diese Erhöhung der Flexibilität wird 2029 ein Loch von 1,5 Milliarden in die soziale Sicherheit reißen.

Sowohl für Studenten- als auch für Flexi-Jobs gelten reduzierte Sozialversicherungsbeiträge: Bei Studentenjobs betragen die persönlichen Sozialbeiträge 2,71 % und die Arbeitgeberbeiträge 5,2 % (gegenüber 13,92 % bzw. 24,92 % für andere Arbeitnehmer). Bei Flexi-Jobs sind keine persönlichen Sozialbeiträge zu zahlen, wohl aber Arbeitgeber-Sozialbeiträge, die 2024 auf 28 % angehoben wurden. Diese niedrigeren Beitragssätze füh-

ren zu erheblichen Einnahmeausfällen in den Sozialversicherungskassen.

## Minus von 1,5 Milliarden

Die von drei Berufszentralen der CSC durchgeführte Studie zeigt folgendes: Wenn die Lohnsumme von Studentenverträgen (2 Milliarden Euro) und Flexi-Jobs (710 Millionen Euro) den Beitragssätzen für ‚normale‘ Arbeitnehmer oder für Interimarbeitskräfte unterliegen würde, dann würden wieder 664 Millionen Euro in die soziale Sicherheit fließen (588 Millionen für Studentenverträge und 76 Millionen für Flexi-Jobber).

Infolge der aufeinanderfolgenden Maßnahmen zugunsten der vorgenannten Verträge haben die Gewerkschaften errechnet, dass die Finanzmasse dieser Verträge in den letzten sieben Jahren mit einer durchschnittlichen jährlichen Rate von 10 % für Studenten und 45 % für Flexi-Jobs gewachsen ist. Wenn sich nichts ändert und bei gleichbleibender Entwicklung wird sich das Loch für die

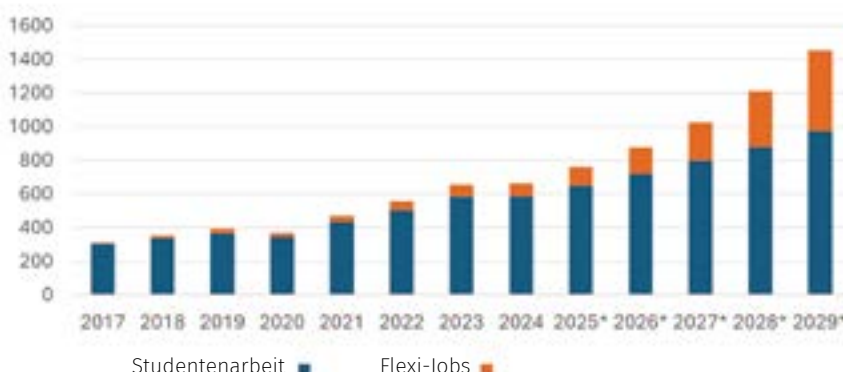
Sozialversicherung im Zusammenhang mit diesen Verträgen 2029 auf 1,5 Milliarden Euro belaufen. Dieser Betrag entspricht der Hälfte der im Jahr 2029 erwarteten Einsparungen aus der Rentenreform (2,4 Milliarden Euro) und aus den Maßnahmen für Langzeitkranke (485 Millionen Euro). Mit anderen Worten: Die Arizona-Regierung gräbt selbst das Loch, das sie angeblich stopft, indem sie die Renten senkt und die Kranken schikaniert! Wenn man zu den 1,5 Milliarden Euro noch die von der Regierung geplante zusätzliche Senkung der Arbeitgeberbeiträge in Höhe von einer Milliarde Euro hinzurechnet, kommt man auf den Betrag der Rentenreform.

## Arizona: eher Brandstifter als Feuerwehr

Steve Rosseel, Präsident der CSC Nahrung und Dienste, kommt zu dem Schluss: „Durch die Ausweitung von Studenten- und Flexi-Arbeit und die weitere Senkung der Arbeitgeberbeiträge reißt die Regierung ein Loch in den Haushalt der sozialen Sicherheit, das dem entspricht, was die Rentenreform einbringen soll. Die Regierung entfacht selbst das Feuer, das sie angeblich löschen will, und verringert die Lebensqualität der Arbeitnehmer. Wir werden länger und flexibler arbeiten müssen, damit am Ende die künftigen Rentner die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge bezahlen, die den Arbeitgebern zugutekommt.“

<sup>(1)</sup>CNE und ACV Puls sind die CSC-Berufszentralen für französisch- bzw. niederländischsprachige Angestellte (Anm.d.Red.).

## Schätzung des Einnahmeverlustes für die soziale Sicherheit (in Millionen Euro)



# Stoppt den Überfall auf unsere Löhne

**Am 27. Mai haben Beschäftigte von verschiedenen Berufszentralen der CSC die Lohnblockade und die Angriffe der Arizona-Regierung auf die Kaufkraft angeprangert. In einer wirkungsvollen Aktion wehrten sie sich gegen eine Arizona-Regierung der „Daltons“, die aktiv zur Bereicherung von Unternehmen und Aktionären beiträgt.**

Seit dem ersten Tag halten die „Daltons“ der Arizona-Regierung an der Lohnblockade fest und ergreifen zahlreiche Maßnahmen, welche die Kaufkraft der Beschäftigten schwächen: die Infragestellung der automatischen Lohnindexierung, die Kürzung der Nachtzuschläge oder die Flexibilisierung und Verlängerung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich.

Die jüngste Ankündigung einer Lohnmarge von 0,0 % wird die Lage nicht verbessern. Denn seit 1996 verhindert das Lohnnormgesetz, dass die Arbeitnehmer an den Früchten des Wirtschaftswachstums teilhaben, und verzerrt den Vergleich mit anderen Ländern.

## 5.834 Euro pro Arbeitnehmer des Privatsektors

Berechnungen der CSC zufolge<sup>(1)</sup> ist der Anteil des geschaffenen Wohlstands, der an die Arbeitnehmer geht, von 63,2 % im Jahr 1995 auf 58,3 % in 2024 gesunken. Würden die Beschäftigten wieder ihren Anteil am Kuchen von 1995 erhalten, hätte jeder Arbeitnehmer des Privatsektors letztes Jahr 5.834 Euro zusätzlich erhalten müssen, also eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 8,4 %.

Stattdessen erhielten Privatunternehmen im Jahr 2024 17,7 Milliarden Euro direkte staatliche Subventionen und zahlten Dividenden in Höhe von 19,2 Milliarden an ihre Aktionäre aus. 2023 war ein außergewöhnliches Jahr, in dem über 33 Milliarden Dividenden an Aktionäre ausgeschüttet wurden. Die Arbeitnehmer haben keinen Cent davon gesehen!

Seit Jahren müssen die Arbeitnehmer mit ansehen, wie Un-



ternehmen und Aktionäre mit der Komplizenschaft der Politiker einen immer größeren Teil des von den Beschäftigten erwirtschafteten Reichtums einstecken. Mit der Aktion in Brüssel haben die Arbeitnehmer symbolisch den Überfall auf ihre Löhne gestoppt, um ihr Geld zurückzuholen.

<sup>(1)</sup>Berechnungen auf der Grundlage von Daten der Nationalbank.



**20. Juni**

## Tag der Reinigungskräfte

Jedes Jahr im Juni ehrt die CSC Nahrung und Dienste die Reinigungskräfte. In diesem Jahr werden die negativen Folgen der Maßnahmen der Arizona-Regierung für diese Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Mittelpunkt stehen. Um dies auf spielerische Weise zu veranschaulichen, wird am 20. Juni auf dem Monnaie-Platz in Brüssel ein riesiges „Arizonapoly“-Brettspiel aufgebaut, in Anlehnung an das bekannte Monopoly-Spiel. Zu diesem Anlass wird der Platz in „Platz der Reinigungskräfte“ umbenannt.

Tragen Sie den 20. Juni in Ihren Kalender ein und danken Sie den Reinigungskräften für ihre unverzichtbare Arbeit.



## Der Ausschluss der Arbeitslosen ist auf vielen Ebenen spürbar



**Der Plan, Arbeitslose von der Arbeitslosenversicherung auszuschließen, ist weder gut für den Arbeitsmarkt noch für die Arbeitslosen und die Gesellschaft. Liévin Chemin vom CSC-Studiendienst analysiert die angekündigte Reform aus verschiedenen Blickwinkeln.**

### **Liévin Chemin, wird der Ausschluss der Arbeitslosen Druck auf den Arbeitsmarkt und die Löhne ausüben?**

Der politische Wille besteht darin, dass jeder beliebige Job angenommen werden muss. Die Arbeitsuchenden werden keine andere Wahl haben, als eine ungeeignete Arbeit anzunehmen, die weit unter ihren Fähigkeiten liegt, Arbeitszeiten, die nicht mit ihrem Privatleben vereinbar sind, und möglicherweise weit weg von ihrem Wohnort. All diese „Gezwungenen“ werden Druck am unteren Ende des Arbeitsmarktes ausüben, in den weniger qualifizierten Funktionen, die überall selten sind.

### **Besteht die Gefahr, dass die Ausschlussmaßnahme Arbeitslose von der Beschäftigung fernhält?**

Wir haben bereits 20 Jahre Erfahrung in der „Jagd auf Arbeitslose“. Zuerst wurden die Arbeitslosen ausgeschlossen, die negativ bewertet wurden, dann die Jugendlichen, die gerade die Schule abgeschlossen hatten. Diese Reformen haben ge-

zeigt, wie sich die Sanktionen auf ihre Berufslaufbahn auswirken: Erstens ist es ein psychologischer Schock, denn nach dem Ausschluss fühlt sich der Arbeitslose nutzlos, entmutigt und benachteiligt in seinem Eingliederungsprojekt. Zweitens ist der Verlust des Arbeitslosengeldes schon vor dieser Erfahrung als Außenseiter ein funktionaler Schock: die Miete, die Rechnungen und die Lebensmittel müssen ja weiterhin bezahlt werden. Das Ergebnis ist, dass alle ihre Arbeitssuche einstellen, von einem Tag auf den anderen. Es bleibt nur noch, sich an die Öffentlichen Sozialhilfezentren (ÖSHZ) zu wenden oder andere Formen des Überlebens in Betracht zu ziehen, oft indem man sich verschuldet, während man auf die Gewährung ungewisser Unterstützung wartet.

### **Die Auswirkungen werden geografisch sehr unterschiedlich sein. Wer wird am stärksten betroffen sein?**

Das sind eindeutig die benachteiligten französischsprachigen Gebiete in Wallonien und in Brüssel, in denen

es weniger Arbeitsplätze gibt und in denen sich Arbeitsuchende massenhaft in derselben Sackgasse befinden werden. Diese Reform wird Städte, die bereits arm und deindustrialisiert sind, am stärksten betreffen. In Wallonien sind es vor allem Lüttich, Charleroi, Mons, Tournai und ihre Vororte. In der Region Brüssel werden fünfzehn der neunzehn Gemeinden stark betroffen sein. In den ärmsten Gemeinden werden bis zu 6,5 % der aktiven Bevölkerung ausgeschlossen sein. In Flandern wird sich die Reform überall auswirken, aber in einem viel geringerem Maße.

Die gesellschaftspolitische Analyse ist eindeutig: Die N-VA von Premierminister De Wever bezieht diese Maßnahme aus ihrer nationalistischen Agenda, die von der französischsprachigen Rechten unterstützt wird. Aber ihre Verbündeten, die Zentrumsparteien der Mehrheit, akzeptieren, dass die soziale Sicherheit ihrer Rolle als wesentliche Stütze beraubt wird, wenn der Arbeitnehmer Schwierigkeiten hat, wieder einen Job zu finden.

### Wie sehen die Mitglieder der CSC-Arbeitslosengruppe (TSE) diese Reform?

Im Regionalkomitee Brüssel arbeiten wir insbesondere mit älteren Arbeitssuchenden, die sich große Sorgen machen. Förderprogramme der Arbeitsämter Actiris (Brüssel) und Forem (Wallonien) geben den kürzlich arbeitslos gewordenen Menschen Vorrang, um sie schnell wieder in das System einzugliedern. Die TSE haben das Gefühl, dass sie auf dem Arbeitsmarkt bald nicht mehr als Kandidaten berücksichtigt werden. Die Regierung De Wever hat sich dafür entschieden, sie in die Sozialhilfe zu verbannen. Dies gilt umso mehr, da die Freistellung der 55-Jährigen auch nur Schall und Rauch ist: Es wird notwendig sein, eine volle Laufbahn von 30 Jahren zu haben, um weiterhin eine Entschädigung zu erhalten, was nur bei 6 bis 8 % dieser älteren Arbeitslosen der Fall ist. Die Maßnahme, deren Einzelheiten ungenau bleiben, zeigt den großen Dilettantismus dieser rechten Regierung: Sie versteht nichts von den Realitäten, mit denen Arbeitssuchende konfrontiert sind.

### Wie ist die Position der CSC Brüssel?

Im Regionalkomitee Brüssel hören wir, dass die ÖSHZ und die Sozialarbeiter schon jetzt überfordert sind. Seit zwanzig Jahren verhält ihr Aufschrei ungehört. Die Gemeindefinanzen sind ausgeschöpft, die Armut konzentriert sich in der Stadt, die Bedingungen der Sozialarbeit sind miserabel geworden und die Unterstützung ist oft erfolglos. Nach Angaben des Verbandes der Brüsseler Gemeinden müssten mindestens 360 Sozialarbeiter für die Brüsseler ÖSHZ rekrutiert werden, aber das ist so, als würde man Soldaten an die Front schicken.

Ein weiteres Problem ist die Stabilität der Finanzierung: Die Föderalregierung erstattet den ÖSHZ bis zu 70 % der gezahlten Eingliederungseinkommen. Das ist nicht ausreichend, denn die restlichen 30 % lasten stark auf den Gemeinden. In Brüssel wie in Wallonien können die Gemeinden nicht auf unbestimmte Zeit auf die Rettung durch die „Regionalkasse“ zählen, da diese „Kosteneinsparungsmaßnahme“ den föderalen Haushalt kaum entlastet.

Unser Standpunkt ist klar: Erstens müssen wir diese Reform ablehnen, weil sie unser System der sozialen Sicherheit angreift und es de facto regionalisiert. Zweitens müssen die ÖSHZ gestärkt und nicht reformiert werden. Wenn sie nicht funktionieren, dann liegt das an der Zunahme der Armut, ihrer Dichte in der Stadt und dem chronischen Mangel an Finanzmitteln. Wir verteidigen die Rolle des ÖSHZ als letzte Anlaufstelle bei Unterstützungsbedarf.

### Was ist mit den vom ÖSHZ abhängigen Personen? Laufen sie Gefahr, bei der Jobsuche nicht mehr unterstützt zu werden?

Wir sind der Meinung, dass es nicht Aufgabe des ÖSHZ ist, Arbeitssuchende zu begleiten, mit Ausnahme von Menschen, die eine besondere sozioberufliche Integration benötigen. In puncto Beschäftigung sind es die regionalen Arbeitsämter (ADG, Forem, Actiris und VDAB), die Arbeitssuchende weiterhin bei der beruflichen Wiedereingliederung unterstützen müssen. Es muss unbedingt verhindert werden, dass ausgeschlossene Arbeitssuchende den Kontakt zu diesen Strukturen zur Wiederaufnahme einer Beschäftigung verlieren. Wenn die Reform verabschiedet wird, wird es von entscheidender Bedeutung sein, dass die ÖSHZ und die regionalen Vermittlungsstellen intensiv zusammenarbeiten, um die Begleitung hin zur Beschäftigung aufrechtzuerhalten.

### Wie wird die Ausschlussmaßnahme zu einer Nichtinanspruchnahme von Rechten führen?

Eine aktuelle Studie von Vivalis<sup>(1)</sup> zeigt, dass in Brüssel nur 17 % der ausgeschlossenen Arbeitslosen einen Job finden werden, vor allem wegen des mangelnden Angebots, und 34 % werden sich an die ÖSHZ wenden. Eine große Zahl von Menschen, insbesondere die Zweitverdiener des Haushalts, werden ohne Ersatz Einkommen auskommen müssen, was die Abhängigkeit und die Spannungen bei der innerfamiliären Solidarität noch verstärkt. Viele Menschen werden einfach keinen Anspruch mehr auf irgendetwas haben, denn das Eingliederungseinkommen ist eine Sozialhilfeleistung und keine Arbeitslosenversicherung: sie müssen



Liévin Chemin

beweisen, dass sie bedürftig sind, dass sie nichts mehr haben.

Die Nichtinanspruchnahme von Rechten ist sehr besorgniserregend: Laut Vivalis laufen 44 % der in Brüssel ausgeschlossenen Arbeitslosen Gefahr, ohne Einkommen, ohne Rechte, ohne Unterstützung dazustehen. Das sind 18.000 der 40.000 Ausgeschlossenen, die als erste von dieser ungerechten Reform betroffen sein werden. Und das nur in Brüssel. Die Liberalen wollen eine attraktive Hauptstadt Europas, aber es wird Viertel mit Zelten auf der Straße geben.

Anne Léonard, Nationalsekretärin der CSC, ist der Meinung, dass wir die von Minister Clarinval angekündigten 100.000 Menschen, die von der Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen werden, bei weitem übertreffen werden. Für viele wird es tatsächlich ausreichen, ein Jahr arbeitslos zu sein, um ausgeschlossen zu werden. Nicht zu unterschätzen ist auch die Zahl der Rechte, die in der Altersgruppe der 55- bis 67-Jährigen abgelaufen sind: Viele Arbeitnehmer, insbesondere Teilzeitbeschäftigte, werden von diesen Ausschlüssen betroffen sein. Und vergessen wir nicht, dass diese Reform auf lange Sicht Gesetz sein wird. Damit wird sie zur Maschine, die langfristige Prekarität erzeugt.

<sup>(1)</sup>Vivalis ist zuständig für die Gesundheit und Hilfe für Menschen in der Region Brüssel. Sie finden die Studie unter <https://lc.cx/3oPXfj>

# Reform Arbeitslosengeld: Wachsende Sorge in Brüssel

Die für Januar 2026 geplante Befristung des Arbeitslosengeldes löst in Brüssel eine Welle der Besorgnis aus. Bei einer von der CSC Brüssel organisierten Informationsveranstaltung im Mai 2025 äußerten mehr als 400 Teilnehmende ihre Befürchtungen über eine Reform, die keinen Bezug zu den gesellschaftlichen Realitäten hat.

**E**rklärtes Ziel der Regierung ist es, Arbeitsuchende in die Verantwortung zu nehmen. Aber die Zeugenaussagen, die während dieser Informationsveranstaltung gesammelt wurden, zeichnen ein ganz anderes Bild, das nicht nur alarmierend ist: Unverständnis der Regeln, Angst vor Armut und ein Gefühl des Verlassenseins. Durch die Kürzung der Leistungen besteht die Gefahr, dass viele Brüsseler in prekäre Situationen und soziale Ausgrenzung gestürzt werden.

## Hindernisse, die von der Reform ignoriert wurden

Die Reform ignoriert mehrere Realitäten des Brüsseler Arbeitsmarktes. Erstens, Sprachbarrieren: In der Hauptstadt sind oft Niederländischkenntnisse erforderlich. Der Sprachunterricht ist zwar von entscheidender Bedeutung, wird aber nicht als Ausnahme von der Befristung anerkannt, wodurch Neuankömmlinge und Personen in der Umschulung benachteiligt werden.

Zweitens, prekäre Arbeit, die nicht wertgeschätzt wird: Arbeitsplätze in der Lokalen Beschäftigungsagentur (LBA), die Menschen in Arbeit halten, werden als nicht ausreichend angesehen, um ihre Rechte zu wahren.

Schließlich werden auch die Verletz-

lichkeiten der Menschen ignoriert: Alter, Gesundheit oder soziale Situation werden nicht berücksichtigt, was zu einem einheitlichen Ansatz führt, der individuelle Wege verwehrt.

## Stimmen, die aufhören lassen

Während der Versammlung äußerten mehrere Teilnehmer ihre Befürchtungen über die Reform.

**Marie (52) leidet unter chronischen Gesundheitsproblemen:** „Ich habe chronische Schmerzen, die mich seit Jahren daran hindern, Vollzeit zu arbeiten. Mir wird gesagt, dass es mental gut für mich wäre, wieder ganztags zu arbeiten, und dass ich nur Atteste einzureichen bräuchte, wenn ich es nicht schaffe. Aber ich kann nicht Vollzeit arbeiten, das ist für mich körperlich unmöglich. Und wie soll ich meine Gesundheitskosten ohne Zulagen bezahlen? Diese Reform verurteilt mich in gewisser Weise zum Elend.“

**Amina (34) ist eine mehrsprachige Akademikerin:** „Ich spreche sechs Sprachen, habe einen Universitätsabschluss, aber die Jobs, die ich finde, passen nicht zu meinen Fähigkeiten. Man sagt mir, ich solle durchhalten, aber ohne Arbeitslosengeld werde ich nicht lange durchhalten.“

**João (41) ist auf der Suche nach einem Job:** „In Brüssel ist es ohne Niederländisch fast unmöglich, einen festen Job zu bekommen. Ich will lernen, aber die Ausbildung braucht Zeit, und die Reform lässt mir keinen Spielraum.“

## Ungleichgewicht und Komplexität

Die Reform geht davon aus, dass Beschäftigung für alle erreichbar ist. Der Arbeitsmarkt weist jedoch ein reales strukturelles Ungleichgewicht auf: 180.000 offene Stellen für 300.000 Arbeitsuchende. Der Markt ist gesättigt, und es wurden keine nennenswerten Anstrengungen unternommen, um Arbeitsplätze zu schaffen.

Die administrative Komplexität wird das Leben der Arbeitsuchenden erschweren. Durch die Streichung der Zulagen ohne Alternativen werden die Prekärsten in die informelle Wirtschaft oder sogar in die Überlebenskriminalität gedrängt. Diese institutionelle Gewalt, die wir anprangern, schwächt die verwundbarsten Bevölkerungsgruppen.

Um eine Katastrophe zu vermeiden, ist es dringend erforderlich, diese Reform zu überdenken und dabei die tatsächlichen Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger zu berücksichtigen.





© stock.adobe.com

## Nichtkommerzieller Sektor

In Belgien sind die Pflege- und Sozialdienste am Limit: Tausende Menschen aus dem nichtkommerziellen Sektor (u.a. Pflegepersonal, Familienhilfe, Sozialarbeit, Kultur und Bildung) haben deshalb am 22. Mai in Brüssel demonstriert. Sie forderten höhere Löhne, sichere Arbeitsverträge, Investitionen in den Sektor, attraktive Berufe und machbare Berufslaufbahnen. Gut vertreten bei dieser Kundgebung war auch die CSC Ostbelgien, wie unsere Aufnahme zeigt.



Die Arizona-Regierung hat beschlossen, die Dauer der Arbeitslosenzulagen auf zwei Jahre zu begrenzen.

Ihr Einkommen könnte also stark sinken oder sogar ganz wegfallen! Um hier Klarheit zu schaffen, organisiert die CSC **Infoveranstaltungen**. Wir erklären Ihnen alles, was Sie wissen müssen.

INFOS +



**13. Juni,  
10 Uhr  
CSC Eupen**

Aachener Straße 89  
4700 Eupen

## Infos zum Jahresurlaub

Wenn der Sommerurlaub vor der Tür steht, stellen sich viele Arbeitnehmer Fragen. Wie viele Urlaubstage stehen mir zu? Wie wird mein Urlaubsgeld berechnet? Was passiert, wenn ich während meines Urlaubs krank werde? Antworten zu diesen und vielen anderen Fragen rund um das Thema Urlaubsrecht finden Sie auf unserer Webseite. Dort finden Sie auch die Broschüre „Jahresurlaub 2025“ und drei Infoblätter, die in Kurzform allgemeine Informationen sowie die Regelungen für Arbeiter und Angestellte präsentieren.

[www.diecsc.be/jahresurlaub](http://www.diecsc.be/jahresurlaub)

## Rerum Novarum

Beim diesjährigen Rerum Novarum in Gent erinnerte CSC-Präsidentin Ann Vermorgen in einer inspirierenden und hoffnungsvollen Rede daran, dass wir in Zeiten der Polarisierung die Einheit bewahren müssen, uns nicht gegeneinander ausspielen lassen dürfen und weiter gemeinsam für soziale Gerechtigkeit und Fortschritt kämpfen müssen. Das Rerum Novarum der Christlichen Arbeiterbewegung findet immer an Christi Himmelfahrt statt. Es bezieht sich auf die Enzyklika von Arbeiterpapst Leo XIII. im Jahr 1891. Diese erkannte erstmals die Ausbeutung der Arbeiter an und ermöglichte es u.a. der Christlichen Arbeiterbewegung, einen sozialen Wohlfahrtsstaat aufzubauen. Eine der größten Errungenschaften ist zweifelsohne die soziale Sicherheit, die jetzt aber Gefahr läuft, der Sparpolitik der Regierung zum Opfer zu fallen.

# Mythen und Fakten über Langzeitkranke

Politiker neigen allzu oft dazu, kranke Menschen als leichte Zielscheibe zu benutzen, um sich bei den Wählern ein „strenges“ Image zu verschaffen, anstatt sie als eine Gruppe zu betrachten, für die Lösungen gefunden werden müssen. Daher wird die Debatte durch Mythen verzerrt und lässt grundlegende Fakten außer Acht.

## Die Hälfte der Kranken hat finanzielle Schwierigkeiten

Politiker versuchen den Eindruck zu erwecken, dass Langzeitkranke sich dafür entscheiden, zu Hause zu bleiben, um von Zulagen zu „profitieren“, anstatt arbeiten zu gehen. Dieser Mythos verbreitet sich, weil die Haushaltslage von Langzeitkranken verkannt wird.

Nach einem Jahr Krankheit beträgt die Entschädigung je nach Familiensituation zwischen 40 % und 65 % des Bruttolohns. Wenn Sie das Pech hatten, Ihren Job zu verlieren, bevor Sie krank wurden, wird die Entschädigung auf einem noch niedrigeren pauschalen Bruttolohn berechnet. Es gibt Höchst- und Mindestbeträge für Entschädigungen, aber diese liegen unterhalb der Armutsgrenze.

Der Einkommensverlust geht Hand in Hand mit höheren Ausgaben. Ein

krankgeschriebener Arbeitnehmer gibt im Durchschnitt viermal so viel für Gesundheitspflege aus wie ein aktiver Arbeitnehmer, nämlich 531 Euro gegenüber 138 Euro pro Jahr.

Infolgedessen hat die Hälfte der Langzeitkranken Schwierigkeiten, über die Runden zu kommen. 44 % geben an, dass sie auf notwendige Pflegeleistungen wie Zahnarztbesuche oder den Kauf von Medikamenten für sich selbst oder kranke Familienmitglieder verzichten, ganz zu schweigen von Ausgaben für Schuhe, Sport, Urlaub, usw.

Die Vorstellung, dass Langzeitkranke sich „entscheiden“, zu Hause zu bleiben - obwohl ihre Zulagen sie und ihre Familien in die Armut stürzen - ist ein sehr praktischer Mythos. Er ermöglicht es Politikern, die Opfer selbst zu beschuldigen, anstatt wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung von Langzeiterkrankungen zu

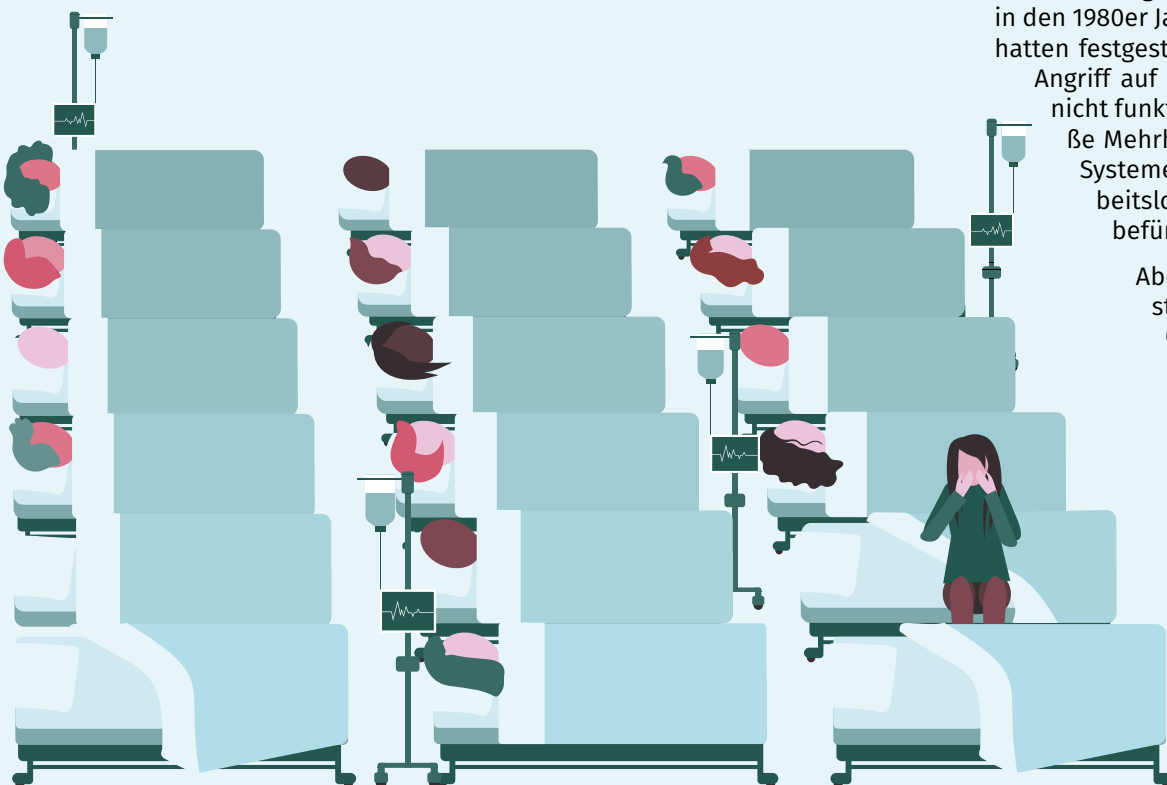
ergreifen. Auch für Arbeitgeber ist er praktisch: Solange darüber diskutiert wird, was Kranke tun sollten, wird nicht über krankmachende Arbeitsbedingungen oder den Mangel an angepassten Arbeitsplätzen für Arbeitnehmer, die wieder arbeiten möchten, gesprochen.

## Inaktive verdächtigen, um die soziale Sicherheit abzubauen

Vor allem im Vorfeld von Wahlen schürt die Politik in den Medien ständig den Verdacht gegen sogenannte „Inaktive“. Langzeitkranke, Arbeitslose, Bezieher des Eingliederungseinkommens oder von Sozialleistungen... Jeder, der nicht auf dem Arbeitsmarkt aktiv ist, wird als verdächtig angesehen, als Belastung für den Haushalt oder als Profiteur.

Für rechte Parteien ist dies eine bewusste Strategie, die sich vor allem an der Strategie der US-Republikaner in den 1980er Jahren orientiert. Diese hatten festgestellt, dass ein direkter Angriff auf die soziale Sicherheit nicht funktioniert, weil eine große Mehrheit der Wähler solide Systeme für Krankengeld, Arbeitslosengeld, Renten usw. befürwortet.

Aber es funktioniert, ständig bestimmte Gruppen als Profiteure der sozialen Sicherheit darzustellen, die Aufmerksamkeit der öffentlichen Debatte auf sie zu lenken und strikte Maßnahmen gegen





**„DIE GRENZE ZWISCHEN LOHN UND ZULAGEN IST SEHR SCHMAL. ES REICHT, WENN EIN ANGEHÖRIGER ODER SIE KRANK WERDEN, DIREKT VON EINER ENTLASSUNGSWELLE BETROFFEN SIND ODER UNGLÜCKLICH STÜRZEN, UND SCHON STEHT MAN AUF DER ANDEREN SEITE.“**

diese Gruppen zu versprechen. Nach ihrer Wahl können sie dann leichter das gesamte System der sozialen Sicherheit schrittweise abbauen.

Es ist eine äußerst wirksame Methode, Arbeitnehmer gegeneinander auszuspielen: diejenigen, die schuferten und zum System beitragen, gegen diejenigen, die von der harten Arbeit anderer „profitieren“. Dabei ist es für alle Arbeitnehmer von entscheidender Bedeutung, ein starkes Sozialversicherungssystem zu erhalten, denn die Grenze zwischen Lohn und Zulagen ist sehr schmal. Es reicht, wenn ein Angehöriger oder Sie krank werden, direkt von einer Entlassungswelle betroffen sind oder unglücklich stürzen, und schon steht man auf der anderen Seite.

### Ein belgisches Problem?

Ein Punkt kehrt immer wieder in der Debatte über Langzeitkranke zurück: dass es in Belgien im Vergleich zu anderen Ländern viel mehr Langzeitkranke gebe. Einige Politiker und Arbeitgeberverbände wollen glauben machen, dass das „belgische System“ eher dazu ermutigt, krank zu bleiben, als zu arbeiten. Aber der Vergleich ist verzerrt. Die europäischen Statistiken können nicht direkt verglichen werden, da jedes Land andere Kategorien verwendet und in der Vergangenheit andere politische Entscheidungen getroffen hat.

So werden kranke Inaktive in Belgien hauptsächlich in der Kategorie der Langzeitarbeitsunfähigen geführt, während sie in anderen Ländern anderen Kategorien angehören oder in andere Systeme der sozialen Sicherheit oder der Arbeitsaufnahme usw. verschoben wurden. Wenn in einem

gegebenen Land eine Verschärfung der Leistungsbedingungen die Kranken in die Arbeitslosigkeit oder in eine Form des Eingliederungseinkommens drängt, dann nimmt die Zahl der Langzeitkranken statistisch ab, ohne dass die tatsächliche Lage besser wäre als in Belgien.

Das Gerede über „das belgische Problem“ verdeckt also eine enorme internationale soziale Herausforderung. Seit Jahrzehnten haben alle europäischen Länder mit dem Problem einer großen und wachsenden Population von Langzeitkranken zu kämpfen. Viele dieser Länder haben sich für einen zunehmend strengeren Ansatz mit mehr Sanktionen entschieden. Ihre Erfahrung zeigt jedoch, dass die Jagd auf Langzeitkranke das Problem nicht löst - im Gegenteil!

### Sanktionen machen nicht gesund

Die vorige Föderalregierung führte Sanktionen gegen Langzeitkranke ein, die ihrer Meinung nach unausreichend bei der Rückkehr an den Arbeitsplatz mitwirkten. So konnte ein kranker Arbeitnehmer 2,5 % seines Krankengeldes verlieren, wenn er einen von seiner Krankenkasse zugestellten medizinischen Fragebogen nicht ausgefüllt hatte. Die neue Regierung weitet die Gründe für finanzielle Sanktionen erheblich aus und wird noch strenger.

Jetzt wird von einer Leistungskürzung von 10 % gesprochen, wenn der Arbeitnehmer nicht zu einem Termin mit dem Koordinator zur „Rückkehr an den Arbeitsplatz“ der Krankenkasse oder mit einem Berater des Arbeitsamtes (Forem/Actiris/VDAB/ADG) erscheint. Wird ein Arbeitnehmer nach acht Wochen Krankheit

nicht bei einem Termin mit dem Arbeitsmediziner vorstellig, riskiert er die vollständige Aussetzung seines Krankengeldes oder seines garantierten Lohns. Die Regierung plant auch, die mangelnde Kooperation bei einem Wiedereingliederungsprogramm zu sanktionieren, obwohl bisher der Grundsatz galt, dass eine Wiedereingliederung unter Androhung von Sanktionen nicht nachhaltig ist.

Diese Flut von Sanktionen gegen Kranke widerspricht allen Erkenntnissen aus der wissenschaftlichen Forschung und den politischen Erfahrungen im Ausland darüber, was funktioniert, um Menschen bei der Rückkehr in die Arbeitswelt zu helfen.

Kranke finanziell bestrafen, weil sie „nicht kooperieren“, erhöht nicht ihre Chancen, wieder eine Arbeit zu finden, ganz im Gegenteil. Häufig wird die Rückkehr an den Arbeitsplatz dadurch erschwert: Bestehende finanzielle Schwierigkeiten werden verschärft, das Risiko von Stress, psychischen Störungen und Medikamenteneinnahme steigt, und es entsteht ein Misstrauen zwischen dem kranken Arbeitnehmer und den Personen, die ihn eigentlich begleiten sollten, wie Ärzte oder Karrierebegleiter.

Das Zynische daran ist, dass sogar einige politische Mitarbeiter der Regierungsparteien hinter vorgehaltener Hand zugeben, dass diese Sanktionen nicht greifen. Aber sie waren Teil eines politischen Kompromisses, um andere Maßnahmen durchzusetzen. Es ist zu einem bekannten Mantra der aktuellen Regierung geworden, die Schwächsten der Gesellschaft, wie Langzeitkranke und Arbeitslose, als politisches Druckmittel zu benutzen, um bei den Wahlen „streng“ zu erscheinen.

# Studentenjobs: Rechte und Pflichten



**Viele Schüler und Studenten jobben in den Ferienmonaten, um etwas Geld zu verdienen. Immer mehr Studierende arbeiten aber auch das ganze Jahr, also außerhalb der Ferienzeit. Es ist sicherlich wichtig, dass junge Menschen arbeiten können, aber es sollte nicht vergessen werden, dass die Beschäftigung von Studenten in einem gesetzlichen Rahmen stattfinden muss.**

Dieser Rahmen impliziert Rechte und Pflichten und schränkt den Einsatz von Studentenarbeit durch Arbeitgeber ein, um Sozialdumping - die Beschäftigung einer schlechter bezahlten Arbeitskraft, die mit „klassischen“ Arbeitnehmern konkurriert - zu reduzieren. Wir stellen einige Regeln vor, die Sie beachten und einhalten sollten.

## Alter

Um einen Studentenjob ausüben zu dürfen, muss der Jugendliche 15 Jahre alt sein und das zweite Jahr der Sekundarstufe beendet haben oder aber 16 Jahre alt sein.

## Maximum 650 Stunden pro Jahr

In Belgien dürfen Studenten nur eine bestimmte Höchstzahl von Stunden unter einem Studentenvertrag arbeiten. Zurzeit liegt diese Obergrenze bei 650 Stunden.

Sie können dieses Stundenkonto auch überschreiten, aber ab der 651. Arbeitsstunde müssen sie die regulären Sozialbeiträge zahlen.

Jobstudent und Arbeitgeber sollten das 650-Stundenkonto also gut im Auge behalten, um zu wissen, wie viele Stunden der Student noch übrig hat. Auf der Website [www.studentatwork.be](http://www.studentatwork.be) können Studenten ihre bisherigen Jobs sowie die ihnen noch zur Verfügung stehenden Stunden zu reduzierten Sozialbeiträgen checken. Dort können sie ebenfalls eine offizielle Bescheinigung mit dem aktuellen Stand der geleisteten und noch verfügbaren Stunden erstellen.

## Kann man die 650 Stunden mit anderen Arbeitstagen kombinieren?

Es steht dem Studenten frei, die zwei Systeme (Jobstudent und Gelegenheitsarbeit) miteinander zu kombinieren. Gelegenheitsarbeit bedeutet, dass der Arbeitgeber mit dem Jobstudenten einen Arbeitsvertrag für eine bestimmte Dauer oder für eine spezifische Aufgabe für höchstens zwei aufeinanderfolgende Tage abschließt. Bevor der Jobstudent mit der Arbeit anfängt, muss er sich mit seinem Arbeitgeber beraten, welche Regelung anwendbar ist. Weitere Infos: [www.mysocialsecurity.be](http://www.mysocialsecurity.be)

## Sozialbeiträge

Das ganze Jahr profitieren jugendliche Arbeitnehmer von geringeren Sozialbeiträgen, dem sogenannten Solidaritätsbeitrag zur sozialen Sicherheit. Für die Studenten wurde er auf 2,71 % ihres Bruttolohns festgelegt und für die Arbeitgeber auf 5,42 %. Ab der 651. Stunde wird der Abgabesatz auf die regulären 13,07 % Sozialbeiträge erhöht.

## Studentenjob und Kinderzulage

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft darf der Jugendliche vom 18. bis zum 25. Lebensjahr unbegrenzt im Rahmen eines Studentenvertrages arbeiten, ohne das Anrecht auf Kindergeld zu verlieren, insofern er in einer Schul- oder Ausbildungseinrichtung eingeschrieben ist.



## Steuern

Übersteigt sein Einkommen eine gewisse Grenze, ist der Jobstudent steuerlich nicht mehr „zu Lasten“ seiner Eltern und diese müssen mehr Steuern zahlen.

Für 2025 (Einkommensjahr 2024) gilt folgende Obergrenze:

>> 7.290 Euro netto, wenn seine Eltern gemeinsam besteuert werden;

Überdies kann der Student bei der Berechnung die ersten 3.310 Euro, die er verdient, abziehen.

Wenn er nicht mehr zu Lasten der Eltern ist, kann dies steuerliche Änderungen und weniger Sozialhilfe für die Eltern zur Folge haben.

## Entlohnung

Der Lohn hängt von der Branche ab, in dem der Student jobbt. In einem Sektor (bzw. einer paritätischen Kommission) können kollektive Arbeitsabkommen (KAA) abgeschlossen werden, in denen die Bezahlung bzw. der Mindestlohn festgelegt wird. Die Nummer Ihrer paritätischen Kommission finden Sie in Ihrem Studentenvertrag.

Gibt es für Ihren Sektor kein KAA, wird Ihre Bezahlung auf der Grundlage des durchschnittlichen Mindestmonatseinkommens festgelegt.

## Der Arbeitsvertrag

Jobstudent und Arbeitgeber müssen immer einen schriftlichen Vertrag unterschreiben. Schwarzarbeit ist illegal und der Student hat keine Rechte, wenn ihm bei der Arbeit etwas zustößt (Arbeitsunfall, unbezahlter Lohn, ungerechtfertigte Entlassung,...).

Der Student kann im Laufe des Jahres bei einem oder mehreren Arbeitgebern jobben. Wenn er wegen Krankheit nicht zur Arbeit gehen kann, muss er seinen Arbeitgeber informieren und innerhalb von zwei Tagen ein ärztliches Attest vorlegen.

Darüber hinaus hat ein Student, der länger als einen Monat für einen Arbeitgeber gearbeitet hat, während 14 Tagen Anspruch auf einen garantierten Lohn. Schließlich muss bei der Kündigung eines Arbeitsvertrags eine Kün-

## Achtung!

>> Der Jobstudent muss selbst Steuern zahlen, wenn seine Einnahmen einen bestimmten Betrag überschreiten. Diese Obergrenze wird jedes Jahr angepasst. Sie beträgt 15.100 Euro (Steuerjahr 2025 Einkommen 2024). Bei diesem Betrag handelt es sich um einen Bruttobetrag nach Abzug der Sozialbeiträge. Auch unterhalb dieses Betrages muss der Student ab 18 Jahren immer eine Steuererklärung ausfüllen.

>> Die Beschäftigung unter Studentenvertrag bei ein und demselben Arbeitgeber darf 12 Monate nicht überschreiten, ansonsten gilt dieser Studentenvertrag als regulärer Arbeitsvertrag. Bei einem anderen Arbeitgeber kann der Student aber noch jobben.

digungsfrist eingehalten werden und die Kündigung muss schriftlich mitgeteilt werden.

## Mindestlohn nach Alter in 2025

| Alter     | %   | Monatslohn | Stundenlohn<br>(38 St./Woche) |
|-----------|-----|------------|-------------------------------|
| 21 +      | 100 | 2.111,89 € | 12,8252 €                     |
| 20        | 90  | 1.900,70 € | 11,5427 €                     |
| 19        | 85  | 1.795,11 € | 10,9015 €                     |
| 18        | 79  | 1.668,39 € | 10,1319 €                     |
| 17        | 73  | 1.541,68 € | 9,3624 €                      |
| 15 bis 16 | 67  | 1.414,97 € | 8,5929 €                      |



[www.studentatwork.be/de](http://www.studentatwork.be/de)



# Baustellentag am 18. Juni

Die CSC Bau, Industrie & Energie (CSCBIE) veranstaltet am 18. Juni ihren traditionellen Baustellentag. Zu diesem Anlass werden über 1.000 Militanten und CSC-Mitarbeiter mehr als 2.000 Baustellen im ganzen Land besuchen und fast 15.000 Beschäftigte im Bausektor treffen.

**H**auptziel ist es, die Präsenz der Gewerkschaft vor Ort zu stärken. Indem sie sichtbar und zugänglich sind, wollen unsere Teams einen direkten Dialog mit den Arbeitern

und Angestellten des Sektors herstellen. Jeder Besuch ist eine Gelegenheit für einen herzlichen Austausch, einen Moment des Zuhörens und der Information. Gleichzeitig nutzt die CSCBIE diese Gelegenheit, um die Arbeitnehmer über ihre Rechte, ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie über die Dienstleistungen zu informieren, die sie anbietet.

Auch die Auswirkungen der Maßnahmen der Arizona-Regierung auf den Bausektor werden in diesem Jahr zur Sprache kommen. Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt des Baustellentages ist die Sensibilisierung für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz.



## Raumordnung

**W**ie werden wir zukünftig bauen, leben und arbeiten? Edmund Stoffels, Berater im Kabinett von Ministerpräsident Paasch, gab vor kurzem in der CSC Eupen interessante Einblicke in die Pläne, wie die Raumordnung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Zukunft aussehen soll, damit Wohnen, Arbeiten, Wirtschaft und Natur im Einklang stehen. Praxisnah und auf die vielen Fragen der zahlreichen Teilnehmer eingehend beleuchtete Stoffels unter anderem die ökonomischen, ökologischen und sozialen Herausforderungen, denn viele Menschen können sich ein Eigenheim nicht mehr leisten.



©Archivbild



## EKE: Erhöhte Kostenerstattung

**D**ie Christliche Krankenkasse hat vor kurzem in der CSC Eupen über die erhöhte Kostenerstattung (EKE) informiert. Die EKE ermöglicht einkommensschwachen Personen eine höhere Erstattung ihrer Gesundheitsversorgung sowie weitere finanzielle Vorteile. „Jede Person mit einem geringen Einkommen kann einen Antrag stellen. Im Anschluss prüft die Krankenkasse, ob die Voraussetzungen für den EKE-Status erfüllt sind“, erklärt CSC-Gewerkschaftssekretärin Sabine Fickers. „Zur gleichen Zeit haben wir die Arbeitslosen auf die bevorstehenden Reformen der Arizona-Regierung aufmerksam gemacht. Zu diesem Thema findet am 13. Juni eine Infoveranstaltung in der CSC Eupen statt.“

Weitere Infos zur EKE unter [www.ckk-mc.be/eke](http://www.ckk-mc.be/eke)